

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 24

Artikel: Demokratie in Mittellosigkeit : ein Jahr nach dem Putschversuch in Portugal
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094747>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Jahr nach dem Putschversuch in Portugal

Demokratie in Mittellosigkeit

In Portugal besteht seit diesem Jahr eine Demokratie, die aber von den prophylaktischen Verfassungswächtern mehr bedroht als geschützt wird. Doch die Hauptgefahr ist die Verarmung, hervorgerufen durch Leute, die das Volk angeblich von der Verelendung befreien wollten.

Nicht ganz ein Jahr nach ihrem gescheiterten «Verzweigungs»-Putsch, mit dem sie am 25./26. November 1975 doch noch die Macht in Portugal an sich zu reißen gehofft hatten, haben nun die portugiesischen Kommunisten an ihrem 8. Kongress in Lissabon ihre neue Taktik vorgestellt:

Sie brechen wieder auf zum diesmal längeren Marsch durch die Institutionen, die Gewerkschaften und die Armee. Dass sich in bisher drei Wahlen drei Viertel der portugiesischen Wahlberechtigten jeweils für nicht-kommunistische Parteien und Kandidaten entschieden, beeindruckt die PKP nicht, denn «wir sind die wahren Vertreter des Volkes» (so der wiedergewählte PKP-Generalsekretär Alvaro Cunhal).

PKP: Auf Abkürzung zum Umweg

Die portugiesischen Kommunisten stehen treu und fest zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), der «Sonne dieses Planeten». Und, wie Alvaro Cunhal am Kongress weiter sagte, wer da glauben sollte, die Partei würde sich zu einer kommunistischen Partei westlichen Stils wandeln, «ist kein Arbeiter, sondern ein Rechter».

Ihre «neue Taktik» haben sich die portugiesischen Kommunisten bereits von Boris Ponomar-

jow, Sekretär des KPdSU-Zentralkomitees, «absegnen» lassen. Ponomarjow, der Kongressgast in Lissabon war und von Staatspräsident Ramalho Eanes empfangen wurde, erklärte:

«Die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung bestätigen die Notwendigkeit dieser Strategie.»

In den zweieinhalb Jahren seit dem Umsturz in Portugal haben die Kommunisten alle Voraussetzungen dafür geschaffen, um auf allen Ebenen jederzeit agieren zu können, selbst dann, wenn eine der Operationsebenen einstürzen sollte, wie das vor einem Jahr der Fall war, als «linksradikale» Fallschirmjägertruppen zu einem Putschversuch dirigiert wurden.

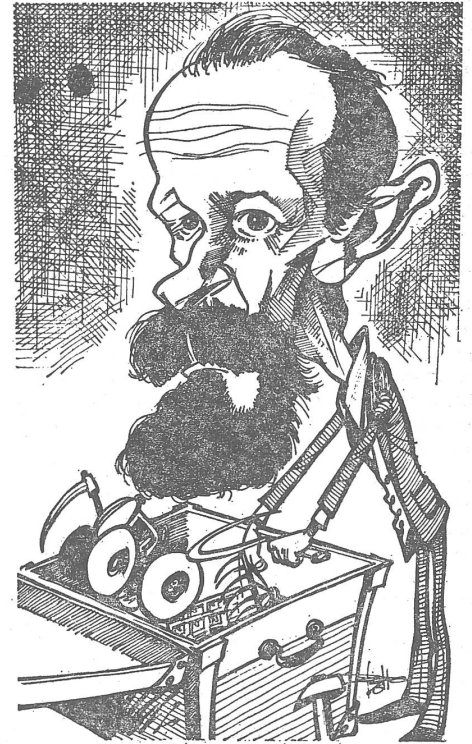
Die Auseinandersetzungen hatten schon zuvor auf verschiedenen Ebenen stattgefunden:

— Juni/Juli 1974: Ministerpräsident Palma Carlos, da angeblich zu konservativ, wird zum Rücktritt gezwungen. Der Prokommunist Vasco Gonçalves wird Regierungschef.

— September 1974: Eine angebliche Konterrevolution wird zum Anlass genommen, um Spínola auszumanövrieren.

— Januar 1975: Die Kommunisten setzen die Einheitsgewerkschaft «Intersindical» durch.

— März 1975: Ein konstruierter angeblicher Rechtsputsch zwingt Spínola zur Flucht ins



Der abgesetzte Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso in einer Karikatur von «a Luta», Lissabon (4.11.1976). Aber sein Werk überdauert ihn. Er hat in seiner Amtszeit die Landwirtschaft so zugrunde gerichtet, dass man nicht weiss, wie man sie in nützlicher Frist wieder aufbauen soll.

Ausland; die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung werden um einen Monat verschoben; Mario Soares wird als Aussenminister entlassen und durch Major Melo Antunes ersetzt;

(Fortsetzung von Seite 5)

tät auf eine internationale Vereinbarung abgestützt ist. Die stillschweigende Anerkennung ersetzt also internationale Abkommen.»²²

Aehnlich argumentiert Ganjuschkin bezüglich neutralistischer Politik. Zwar verschaffe der Neutralismus den betreffenden Staaten keinen besonderen völkerrechtlichen Status, aber es sei trotzdem Pflicht aller Staaten, neutralistische Politik zu respektieren. Das gelte auch dann, wenn keinerlei Absichtserklärung zu Neutralismus oder neutralistischer Politik vorliege. Grundlage der allseitigen Anerkennung sei vielmehr das völkerrechtliche Grundprinzip Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, und zu diesen gehöre auch die Wahl der Formen und Methoden einer friedliebenden Aussenpolitik (d. h. einer nicht antisowjetischen Aussenpolitik).

«Es ist ein unveräusserliches Recht und eine innere Angelegenheit eines jeden Staates, als aussenpolitischen Kurs den Neutralismus zu wählen. Aus diesem Grunde sind alle Staaten verpflichtet, dieses Recht zu respektieren.»²³

Der sowjetische Völkerrechtler B. M. Klimenko betont darüber hinaus, die allfällige Nichtanerkennung von Staaten sei noch «kein Grund, ihre Neutralität nicht zu respektieren. Diese Auffassung ist auch auf neutralisierte Gebiete völlig

anwendbar.»²⁴ Nur schade, dass sich die Sowjetunion selbst nicht an diese Auffassung hält.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

¹ «Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 6/1963

² B. W. Ganjuschkin: «Neutralität und Blockfreiheit», russisch, Moskau 1965, S. 164

³ Gyula Hajdu: «Die Neutralität», ungarisch, Budapest 1958, S. 242

⁴ Autorenkollektiv: «Völkerrecht», russisch, Moskau 1964, S. 631

⁵ Hajdu: «Die Neutralität», S. 233–235

⁶ Gyula Hajdu: «Die Neutralität im kalten Krieg. Die Entstehung der positiven Neutralität», ungarisch, Budapest 1963, S. 180 (zu Besson) und S. 49

⁷ Autorenkollektiv: «Völkerrechtskurs», Band 5, russisch, Moskau 1969, S. 402: «Der Status der Neutralität ist nicht auf das Gebiet der Ideologie zu übertragen.»

⁸ B. W. Ganjuschkin: «Neutralität in der Gegenwart; Neutralitätspolitik und permanente Neutralität unter den Bedingungen des Friedenskampfes», russisch, Moskau 1958, S. 13

⁹ Aufsatz von L. A. Modschorjan in «Völkerrechtliche Formen der friedlichen Koexistenz von Staaten und Nationen», russisch, Moskau 1957, S. 62

¹⁰ Hajdu: «Die Neutralität», S. 62

¹¹ Hajdu: «Die Neutralität», S. 207–215

¹² D. W. Lewin und G. P. Kaljuschnaja: «Völkerrecht. Lehrbuch». Aus dem Russischen. Berlin/Ost 1967, S. 416

¹³ Siehe Laszlo Revesz: «Gleichberechtigung, Gleichschaltung und Aggression im Marxismus-Leninismus», in «Prag 1968; Analyse», Bern 1968, S. 13–35

¹⁴ Ganjuschkin: «Neutralität in der Gegenwart», S. 132–133

¹⁵ Hajdu: «Die Neutralität», S. 266

¹⁶ Vergleiche auch den Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Frankfurt 1957

¹⁷ «Völkerrecht», russisch, Moskau 1964, S. 658

¹⁸ Ganjuschkin: «Neutralität und Blockfreiheit», S. 226: «Man muss berücksichtigen, dass regionale Vereinbarungen und Organisationen zur kollektiven Sicherheit als Garantie für Frieden und Sicherheit den Staaten mit permanentem Neutralitätsstatus nicht gleichgültig sein können. Es geht nicht an, den neutralen Staaten die Aufnahme in diese Organisationen mit der Begründung zu verweigern, dass ihre Hilfe im Falle eines bewaffneten Kampfes gegen die Aggression beschränkt sein wird.»

¹⁹ G. E. Swanja: «Staatliche Neutralität», georgisch, laut Besprechung in «Westnik Moskowskogo Universiteta, Serija XII, Prawo», Nr. 2/1966, S. 80–82

²⁰ B. Lewin: «Die Grundlagen des modernen Völkerrechts», russisch, Moskau 1958, S. 187

²¹ Modschorjan, S. 65–66

²² Swanja wie unter 19

²³ Ganjuschkin: «Neutralität in der Gegenwart», S. 26–27

²⁴ B. M. Klimenko: «Demilitarisierung und Neutralisierung im Völkerrecht», Moskau 1963, S. 207

der Revolutionsrat aus Linksmilitär masst sich diktatorische Vollmachten an; Verstaatlichungen folgen Schlag auf Schlag.

— April 1975: Drei Viertel der portugiesischen Wahlberechtigten wählen demokratische Parteien in die Verfassungsgebende Versammlung.

— August/September 1975: «Gemässigte» Offiziere («Gruppe der Neun») unter der Führung von Major Melo Antunes erreichen es, dass Vasco Gonçalves zurücktritt.

Für Moskau zählte Afrika mehr

Die weitere Chronik der portugiesischen Ereignisse, so erfreulich auch die nachfolgende demokratische Wahl einer Versammlung der Republik (Parlament) und eines Staatspräsidenten erscheinen mögen, ist in global-strategischer Sicht der moskauhörigen portugiesischen Kommunisten und der Sowjetunion fast ohne Belang:

Der wichtigste Programmpunkt war programm-gemäss erfüllt worden: Angola und Mozambique wurden — gewissermassen auf dem Silberblett (im Falle von Angola sorgten kubanische Söldner für den nötigen Nachdruck) — den Freunden der Sowjetunion überreicht...: Weg frei für Rhodesien.

Wirtschaftsmisere und Ursachen

Zweifellos, in Portugal ist parlamentarische Demokratie eingezogen, was nicht zuletzt das Ergebnis der brutalen Versuche der Kommunisten ist, die ganze Macht an sich zu reißen. Aber die Demokratie sieht sich heute mit der schmerzlichen Tatsache konfrontiert, dass das früher nur angebliche «Armenhaus Europas» heute wirklich ein Armenhaus geworden ist.

Die wirtschaftliche Misere zählt für die Kommunisten weit mehr als die Demokratieansätze. Die Berechnung der portugiesischen Kommunisten — und ihrer «Zitadelle Moskau» — geht dahin, dass der Westen, d. h. praktisch die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland (wer sonst käme noch in Frage?),



Nach dem abgeschlagenen Sturm auf die Zitadelle wiederum der Marsch durch die Institutionen: Alvaro Cunhal, der nicht so selbstverständlicherweise immer noch Chef der PKP ist, die als ausgesprochene Satellitenpartei Moskaus nichts von eurokommunistischen Vorstellungen hält, aber immerhin mit einer «neuen Taktik» den Umständen Rechnung tragen will. Soweit diese Umstände aus wirtschaftlichen Misere bestehen, hat die PKP an ihrem Zustandekommen einen Hauptanteil.

angesichts der steigenden wirtschaftlichen Verstrickung Grossbritanniens und Italiens die Wirtschaftsmisere in Portugal nicht mehr auffangen kann — und die Sozialisten von Mario Soares, die derzeit eine Minderheitsregierung stellen, sich mit der PKP zusammensetzen und eine «Volksfront»-Regierung bilden.

Nach Ansicht vieler Portugiesen paktieren bereits jetzt Sozialisten und Kommunisten untergründig miteinander, und die Regierung Soares schwinde sich nur dank bisherigen westlichen Krediten über die Runden.

Landarbeiter: PKP-Gesinnung oder Arbeitsplatzverlust

Selbst die Absetzung des prokommunistischen sozialistischen Landwirtschaftsministers Lopes Cardoso berührt die Kommunisten wenig: Lopes Cardoso hat seine Pflicht treu erfüllt, Tausende von Landarbeitern sind fest unter kommu-

nistischer Kontrolle, und zwar so fest, dass sie bei Meinungsverschiedenheit mit der PKP riskieren müssen, arbeitslos zu werden. Und was die reibungslos erfolgte Rückgabe der 101 illegal besetzten landwirtschaftlichen Güter anbelangt, so können die Kommunisten wahrlich mit Genugtuung höhnen, die «Reaktion» habe «die Schlacht verloren» («Neues Deutschland», 30./31. 10. 1976):

Die zurückgekehrten Gutsbesitzer haben zugrunde gerichtete Güter vorgefunden, das Vieh ist geschlachtet, die landwirtschaftlichen Maschinen sind verkauft oder gestohlen worden. Es fehlt an den finanziellen Mitteln für einen Wiederanfang, und der Staat hat auch kein Geld. Viele Gutsbesitzer haben ihren Boden den kommunistisch kontrollierten Genossenschaften «verpachten» müssen.

Aber das Augenmerk sollte in nächster Zeit vor allem Major Melo Antunes gelten. Er ist Präsident der Verfassungskommission — mit einem von ihm selbst ernannten Beamtenstab. Die Kommission soll die Einhaltung der Verfassung (die Portugal den Weg in den Sozialismus vorschreibt) überwachen. Melo Antunes hat bereits den Anspruch erhoben, dass seine Kommission über allen Gewalten, selbst über dem Staatspräsidenten, stehen müsse. Er verlangt auch, dass sich der Revolutionsrat angesichts des «ideologischen Bombenterrors» nicht neutral verhalten dürfe, da er (der Revolutionsrat) «es ist, der die Tradition der Bewegung der Streitkräfte fortsetzt».

Die Melo Antunes nahestehende Lissabonner Zeitung «O Jornal» deutete den Major folgendermassen:

«Melo Antunes hat beschlossen, erneut den Versuch zu unternehmen, die fortschrittlichen Kräfte zur Ergreifung der politischen Offensive zu bewegen. Nichts wird die fortschrittlichen Kräfte rechtfertigen können, wenn sie jetzt durch ihre Passivität die Angriffe der Rechten hinnehmen würden, die auf zu vielen Ebenen Machtpositionen innehat.»

Baut sich Melo Antunes als Alternative zu Ministerpräsident Soares auf? Viele Portugiesen meinen, der Major sei zu oft in die DDR gereist; auch empfangen er allzu oft DDR-Besucher. Wird er der PKP das Tor zur Macht wieder öffnen?

gn



Eine Soares-Karikatur von «Expresso», Lissabon (5. 11. 1976). Der Witz bezieht sich auf den Gegensatz zwischen dem erträumten stürmischen Vorankommen und dem tatsächlichen Schaukeln an Ort und Stelle auf dem Verwaltungsapparat. Aber das Schaukeln könnte bei Gelegenheit auch politisch erneut aktuell werden, wenn der Volksfront-Gedanke wegen der verfahrenen Wirtschaftslage wieder Auftrieb erhalten sollte. Mittlerweile zieht die PKP mit ihren eigenen Satellitenpartei MDP und FSP als «Wahlfront des Vereinigten Volkes» in den Kampf um die Gemeinderatswahlen vom Dezember.